

LEITANTRAG

zu den Bezirksversammlungenwahlen 2014

Starke Bezirke – für eine lebenswerte Nachbarschaft in einer wachsenden Stadt

Hamburg ist eine schöne Stadt, in vielerlei Hinsicht eine der lebenswertesten Millionenstädte und für viele Hamburgerinnen und Hamburger sogar die schönste Stadt der Welt. Dies ist Ausdruck einer besonderen Verbundenheit der alteingesessenen Bevölkerung und der vielen Neubürger, für die Hamburg Heimat ist. Das positive Image der Stadt wurde im vergangenen Jahrzehnt wesentlich gestärkt durch das politische Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Mit dem Leitbild wurden Ziele definiert, mit denen Hamburg sowohl den nationalen und internationalen Wettbewerb als bedeutende Metropole bestehen, als auch nach innen, die wachsende Stadt für ihre Bewohner lebenswert erhalten und noch attraktiver gestalten konnte. Denn für die Lebensqualität der Stadt sind die Wohnqualität und das unmittelbare Wohnumfeld wichtige Bausteine – in allen Stadtteilen, für alle Menschen, in allen Lebensphasen.

Der SPD-Senat hat kein Leitbild für seine Regierung. Mit dem Senats-Slogan "Big City" verbindet sich keine Vision, weder für die internationale Stellung Hamburgs noch für die Gestaltung der Stadt für seine Bewohner. Ausdruck dieser Ideenlosigkeit ist auch der Umgang des Senats mit den Bezirken und Ihrer Stellung als diejenige Verwaltungseinheit, die den Hamburgerinnen und Hamburgern am nächsten ist. Erst hat die SPD die Bezirksamtsleiter einheitlich durch Sozialdemokraten besetzt, um anschließend Kürzungen und Strukturveränderungen ohne Widerstand durchsetzen zu können. Rabiats wurden so die langfristigen Ziele der Bezirksverwaltungsreform von 2005 in Frage gestellt. Oberstes Ziel war es damals, die Verwaltung modern, effizient und kundennah zu gestalten. Mit der Reform wurden Durchführungsaufgaben, insbesondere in der Bauleitplanung, entflochten, die Rechte der Bezirksversammlungen konkretisiert und gestärkt und die kundenorientierten Verwaltungsprozesse sowie das Personalmanagement optimiert. Durch die Entflechtung gingen Aufgaben in die Zuständigkeit der Bezirksämter über. Ergebnis der Reform war eine Dezentralisierung, um die Verwaltung näher an die Bürger zu rücken. Diese Ziele sind nach wie vor richtig und sollten im Rahmen eines Leitbildes für die ganze Stadt auch durch die Hamburger Politik weiter verfolgt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Vor dem Hintergrund der aktuellen SPD-Senatspolitik gegenüber den Bezirken halten wir eine Neuorientierung in den folgenden Handlungsfeldern für zentral.

36 Starke Bezirke. Geht.

37 Das SPD-Projekt „Bezirksverwaltung 2020“ hat eine Zentralisierung und Abkehr der Bezirke von den
38 Bürgern zur Folge. Anders als von der SPD suggeriert, geht es in erster Linie darum, aufgrund der
39 haushaltspolitischen Entscheidungen des Senats, in den sieben Hamburger Bezirken rund 600 Stellen
40 abzubauen. So verlagert der Senat die Konsolidierungsleistung in die Bezirke, statt ehrliche
41 Aufgabenkritik vorzunehmen. Das führt unter anderem dazu, die Schließung von zehn der 20
42 Kundenzentren zu erwägen und Servicezeiten auszudünnen. Zudem stellen die Zentralisierung der
43 Friedhöfe und die Auflösung der Bezirklichen Ordnungsdienste (BOD) einen weiteren Eingriff in die
44 Kompetenzen der Bezirke dar. Der bürgernahen und kundenorientierten Infrastruktur in den
45 Bezirken droht eine Vernachlässigung, weil immer weniger Personal für mehr Aufgaben zur
46 Verfügung steht. Wir brauchen jetzt eine fundierte Aufgabenkritik, die klarstellen muss, welche
47 Aufgaben die Bezirke wahrnehmen sollen und wie die dafür notwendigen Mitarbeiter finanziert
48 werden.

49

50 Um die Stellung der Bezirksversammlungen zu stärken, sollte die Amtszeit der Bezirksamtsleiter an
51 die Legislaturperiode der Bezirksversammlungen angepasst werden. Während die Bezirksamtsleiter
52 in den vergangenen Jahren einen eigenen Gestaltungsanspruch hatten, wird derzeit nur noch
53 ausgeführt, was im Hamburger Rathaus verordnet wird. Das beruht wesentlich darauf, dass
54 unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch die SPD alle Amtsleiter, die nicht Parteimitglied
55 der SPD oder ihr politisch nahe waren, durch SPD-Mitglieder ausgetauscht wurden und die SPD
56 wieder für roten Filz sorgt. Die Bezirke brauchen aber starke Amtsleiter, die sich mit ganzer Kraft und
57 gemeinsam mit der Politik für die Interessen der Menschen in den Stadtteilen und Quartieren
58 einsetzen.

59

60 Mehr Sauberkeit und Sicherheit. Geht.

61 Nur wer sich in seinem Stadtteil sicher fühlt, wohnt auch gerne dort. Zentrale Plätze sind die
62 Gesichter eines Stadtteils und bieten aufgrund ihres verbindenden Charakters einen hohen
63 Identifikationswert. Deshalb brauchen wir eine Stadtplanung, die für jeden Stadtteil, vor allem der
64 Entwicklung zentraler Plätze mit hohen Aufenthaltswerten, eine größere Bedeutung beimisst. Es darf
65 nicht sein, dass Bewohner sich zu bestimmten Tageszeiten oder an bestimmten Orten nicht mehr
66 sicher fühlen. Solche Zustände müssen konsequent bekämpft werden, genauso wie Vandalismus und
67 die Vermüllung des öffentlichen Raums. Die Verwahrlosung von Plätzen, Gebäuden und
68 Grundstücken muss verhindert werden, damit nicht Nachbarschaften oder ganze Straßenzüge an
69 Attraktivität verlieren. Die Abschaffung des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) durch die SPD ist

70 ein schwerer Fehler und muss korrigiert werden. Wir brauchen einen starken und wirksamen BOD,
71 der für mehr Sicherheit und Sauberkeit auf öffentlichen Plätzen, Wegen, Kinderspielplätzen und in
72 Grünanlagen sorgen kann. Öffentliche Wege und Plätze müssen besser beleuchtet werden. Zudem
73 wollen wir die Kriminalitätsprävention und -bekämpfung stärken, indem wir die polizeiliche Präsenz
74 vor Ort sicherstellen und die Videoüberwachung insbesondere an bekannten
75 Kriminalitätsbrennpunkten verstärken.

76

77 Zufrieden leben im Stadtteil. Geht.

78 Mit dem richtigen Ziel, in Hamburg mehr Wohnungen zu bauen, muss ein gesamtstädtisches Konzept
79 für lebenswerte Wohnquartiere einhergehen, so dass nicht nur die Attraktivität einiger weniger
80 Stadtteile gestärkt wird. Grundlage des Konzepts müssen die unterschiedlichen Partikularinteressen
81 der einzelnen Stadtteile und Bezirke bilden. Für eine ausgewogene Stadt- und Stadtteilentwicklung
82 vor Ort müssen neben zentralen Plätzen als öffentliche Begegnungsstätten auch Naherholungsräume
83 geschaffen oder erhalten bzw. gestärkt werden, um die Nachfrage hamburgweit zu verteilen. Die vor
84 Ort ermittelten besonderen Lagen und Funktionen der einzelnen Stadtteile Hamburgs sollten die
85 spezifische Qualität der Infrastruktur vor Ort bestimmen. Unverzichtbar sind dafür Betreuungs-,
86 Schul- und Bildungsangebote sowie sichere Spielplätze, die an den Bedürfnissen von Kindern und
87 Eltern ausgerichtet sind. Vor allem bedarf es einer Ausweitung der Qualität und einer verstärkten
88 Kooperation zwischen Schulen, Vereinen, Kirchen und anderer im Stadtteil vorhandener
89 Einrichtungen. Unser Stadtbild wird in besonderer Weise durch zahlreiche Parks, Wälder und
90 Wasserflächen geprägt, Bäume und kleine Grünflächen geben den Stadtteilen ihren besonderen
91 Charme.

92

93 Schneller ans Ziel. Geht.

94 Bereits heute stößt das öffentliche Nahverkehrsnetz der Stadt an seine Kapazitätsgrenzen. Das
95 unsinnige Busbeschleunigungsprogramm des SPD-Senats ist keine Antwort auf diese
96 Herausforderung, wurde an den Bürgerinnen und Bürgern vorbeigeplant und provoziert deren
97 Unmut, beispielsweise am Mühlenkamp. Die Attraktivität der Bezirke hängt nicht zuletzt davon ab,
98 wie sie an den Verkehr angeschlossen sind. Maßstab müssen die Erfordernisse vor Ort sein. Die CDU
99 hat mit dem Konzept „Ideen für moderne Mobilität 2030“ ein Bündel sinnvoller Maßnahmen
100 erarbeitet. Dazu gehört auch die Einführung einer Stadtbahn. Um kürzere Fahrtzeiten, eine
101 Entlastung der innerstädtischen U-Bahnen und Busse und eine Erhöhung der Fahrgastkapazitäten zu
102 erreichen, ist die Einführung der Stadtbahn die schnellste, beste und einzig bezahlbare Lösung.
103 Ebenfalls zentralistisch und kurzfristig geht die SPD beim Verkehrsthema mit der eingeführten
104 Kostenpflichtigkeit von Park&Ride-Parkplätzen vor. Die Abschaffung der Stellplatzpflicht bei

105 Wohnungsneubauten führt zudem zu einer Erhöhung der Parkplatznot in den Stadtteilen, die sich
106 unmittelbar auf die Qualität der Wohnquartiere auswirkt.

107

108 Mehr Bürgerbeteiligung. Geht.

109 Ein weiteres Opfer des abgehobenen Zentralismus der SPD zeigt sich in den Vier- und Marschlanden
110 mit der Genehmigung der bis zu 180 Meter hohen Windenergieanlagen. Anstatt die einmalige
111 historische Kulturlandschaft zu pflegen, zu erhalten und zu stärken und dieses Kleinod auch als
112 Naherholungsgebiet, insbesondere für Hamburger zu entwickeln, setzte die SPD sich selbst über den
113 mit einer Zweidrittelmehrheit klaren und erfolgreichen Bürgerentscheid hinweg, um zentrale
114 Vorgaben zu erfüllen. Die „Verspargelung“ der Landschaft nimmt zu. Unwiederbringlich werden
115 Kulturlandschaften zerstört. Die Anwohner werden durch bis zu 180 Meter hohe Türme optisch
116 bedrängt und durch den kreisenden Schattenwurf der größeren Rotoren, die den Lärm eines
117 startenden Flugzeuges abstrahlen (über 100 Dezibel), unverhältnismäßig belastet. Eine solche Politik
118 entfernt sich immer weiter von den Menschen, für die sie eigentlich gemacht werden sollte.

119

120 Die Bezirke sind der Ort der unmittelbaren Bürgerbeteiligung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die
121 bürgernahe Gestaltung und Mitwirkung vor Ort zu stärken. Unsere Gesellschaft lebt vom Mitmachen
122 und von Beteiligung. Die Bezirksversammlungen und ihre Ausschüsse leisten eine umfassende und
123 frühzeitige Bürgerbeteiligung. Unverzichtbar ist dabei die Rolle der Bezirksabgeordneten und
124 zugewählten Bürger. Die im Ehrenamt engagierten Bürger gestalten in bester Ortskenntnis positiv ihr
125 eigenes Umfeld. Dabei spielen die Verwurzelung in den Stadtteilen und der direkte Kontakt zu den
126 Bürgerinnen und Bürgern eine wesentliche Rolle. Wir möchten diesen Einsatz der Menschen für die
127 Entwicklung ihres Wohnumfeldes stärker aktivieren und sie an Entscheidungsprozessen beteiligen,
128 um die Akzeptanz für Planungen der Stadt und der Bezirke zu erhöhen. Zudem stärken
129 Nachbarschaftskontore, Vereine und Institutionen als Orte dauerhaften Engagements das
130 gewünschte soziale Miteinander. Um dafür kleinere lokale Investitionsvorhaben unter Beteiligung
131 von Bürgern finanzieren zu können, haben wir mit unserem von der SPD abgelehnten Antrag „Näher
132 am Bürger – Einführung von Stadtteiffonds in Hamburg“ (Drs. 20/10439) vorgeschlagen. Mit dem
133 Antrag wollen wir Hamburgs sieben Bezirksversammlungen über sogenannte Stadtteiffonds
134 insgesamt 6 Mio. Euro übertragen, die auf Vorschlag und unter Beteiligung der Bürger in den
135 Stadtteilen zugunsten von Projekten für öffentliche Einrichtungen, freie Träger und Verbände,
136 Grünflächen, Kirchenaußensanierungen, Sportgroßgeräte, Kinderspielplätze, Wissenschaft,
137 Forschung, Wirtschaftsförderung etc. genutzt werden sollen.

138

139

140

141 Mitglieder der Wahlkampfkommission